

PÄDAGOGISCHE ARBEIT UNTER GEÄNDERTEN ÖKONOMISCHEN RAHMENBEDINGUNGEN



Als Anfang der siebziger Jahre auch die westdeutschen Gymnasien mit der Anforderung nach „Berufsorientierung“ konfrontiert wur-

den, gab es unter den Studienräten Widerstand von „rechts“ bis „links“. Die einen wollten von der Fiktion nicht lassen, im Gymnasium gehe es nur um „Studierfähigkeit“ und um sonst gar nichts. Die anderen fürchteten die Vereinnahmung der

Schule durch Wirtschaftsinteressen und argumentierten mit Marx- und Humboldt-Zitaten gegen Betriebspraktika von Gymnasiasten. Lang ist es her: Inzwischen gehört es auch in westdeutschen Gymnasien zum guten pädagogischen Ton, Betriebs-

erkundungen und -praktika zu organisieren, berufsorientierende Unterrichtseinheiten durchzuführen und darin z.B. Personalleiter großer Unternehmen über deren Einstellungskriterien und „Trainee-Programme“ referieren zu lassen. Viele Gymnasien haben inzwischen akzeptiert, daß ein Großteil ihrer Schülerinnen und Schüler nach dem bestandenen Abitur nicht in die überfüllte Universität geht, sondern einen qualifizierten Ausbildungsplatz sucht (und meist auch findet). Gelegentlich kann man sogar den Eindruck haben, daß im Zuge der „Öffnung“ der Gymnasien zur Wirtschaftswelt die kritische Distanz verloren zu gehen droht: Die Studienwoche einer gymnasialen Oberstufe, die „in Kooperation“ mit der Deutschen BP AG durchgeführt wird, weckt jedenfalls Sorgen in dieser Richtung.¹⁾ Auf eine sehr andere Geschichte blickt der berufsorientierende Unterricht in Hauptschulen, Realschulen und Gesamtschulen zurück. Diese Schulformen haben zum einen ihren „allgemeinbildenden“ Auftrag stets sehr ernst genommen, haben jedoch zugleich illusionslos akzeptiert, daß die weitaus meisten ihrer Absolventen mit spätestens 16 Jahren der freien Konkurrenz auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ausgesetzt sind. Das Fach „Arbeitslehre“ – Mitte der sechziger Jahre in den neu entstandenen „Hauptschulen“ eingeführt – versucht, auf diesen Sachverhalt pädagogisch zu reagieren. Die Durchführung und Auswertung von Betriebspraktika ist in diesem Fach ebenso didaktisch weiterentwickelt worden wie der Berufswahlunterricht.²⁾ In den seit Ende der sechziger Jahre bestehenden Gesamtschulen wurde „Arbeitslehre“ ebenfalls Pflichtfach – und zwar auch für die angehenden Abiturienten. Der reformerische Schwung der frühen Gesamtschul-Jahre hat viele Ideen, aber auch viele Kontroversen in die Diskussion um das Arbeitslehre-Curriculum gebracht.³⁾ Dabei war insbesondere strittig, wieweit ein solches Fach, das auf Kooperation mit der Wirtschaft (z.B. bei den Praktikaplätzen) angewiesen ist, dennoch an den Interessen der Schüler(innen) als künftigen Arbeitnehmer(innen) orientiert sein kann. Jenseits dieser phasenweise stark ideologisierten Auseinandersetzung hat es jedoch in all diesen Jahren eine kreative didaktische Weiterentwicklung des Faches gegeben,⁴⁾ an die angeknüpft werden kann, wenn es heute darum geht, im Unterricht die Berufswahl der Schüler(innen) vorzubereiten.

Ganz anders wiederum stellt sich die Situation im Bereich der früheren DDR dar. Schulen in Ostdeutschland blicken auf eine völlig andere Geschichte zurück, was die Kooperation mit der Arbeitswelt und

was die Berufsorientierung bzw. Berufslenkung ihrer Schüler(innen) angeht. Im „Polytechnischen Unterricht“ und in der „Produktiven Arbeit“ kamen zu DDR-Zeiten alle Schüler(innen) mit der Berufswelt in Berührung – und nicht selten kam es im Laufe von vier Schuljahren zu einem regelmäßigen Wechsel des betrieblichen Einsatzes, so daß die „Produktive Arbeit“ wenigstens zum Teil den Charakter eines „Schnupperkurses“ annahm. Allerdings: Eine kritische Durchdringung dieser Erfahrungen hat es kaum gegeben, schon gar nicht in dem ideologiegeladenen Fach „Einführung in die sozialistische Produktion“. Weil der Übergang in Ausbildungsberufe bzw. Studiengänge staatlich stark gelenkt und staatlich garantiert wurde, kam dem berufsorientierenden Unterricht zu DDR-Zeiten auch nicht eine solch große Bedeutung zu.

Dies alles hat sich seit der deutschen Vereinigung in den Schulen Ostdeutschlands massiv verändert: Weil es nun auch dort für alle Heranwachsenden darum geht, die Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu erkennen und zu ergreifen, ist der Unterricht in dem neuen Fach „Arbeitslehre“ vor völlig neue Aufgaben gestellt. Dabei erweist sich die desolatte ökonomische Situation in den neuen Bundesländern, die viel zu geringe Zahl chancenreicher Ausbildungsplätze, als große Hypothek für Lehrer(innen) und Schüler(innen): Wo soll die Motivation für einen neugestalteten Unterricht zur Berufsorientierung herkommen, wenn zugleich immer mehr berufliche Chancen wegbrechen?

Diese Frage verweist auf einen zwar lang bekannten, aber dennoch immer wieder hervorzuhebenden Sachverhalt: Der berufsorientierende Unterricht ist – wie kein anderer Unterricht im allgemeinbildenden Schulsystem – von regionalen und konjunkturellen Marktbedingungen abhängig. Schüler(innen), die vor der Berufsentscheidung stehen, wollen wissen, welche Perspektiven sie in ihrer Region tatsächlich haben. Und sie brauchen Hilfen, um sich zwischen verschiedenen Alternativen entscheiden zu können. Kann ein Unterricht die damit verbundenen Erwartungen der Jugendlichen erfüllen, so stößt er auf großes Interesse. Nur – ob er diese Erwartungen erfüllen kann, ist ganz stark von der Situation auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt abhängig.

Seit 1990 gibt es – was das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen angeht – eine neue und ganz massive Ungleichheit in Deutschland – die zwischen Ost und West:⁵⁾ In der alten Bundesrepublik ist die Ausbildungskrise weitgehend überwunden, von einem Mangel an Ausbildungsplätzen kann dort (im Unterschied

zu den 70er und 80er Jahren) keine Rede mehr sein, und auch eine überproportionale Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen ist nicht mehr zu verzeichnen. Dies ist nun keineswegs auf besondere Anstrengungen von Politikern oder Arbeitgebern zurückzuführen, sondern ergibt sich schlicht aus sinkenden Schülerzahlen. Weil seit Mitte der 80er Jahre die Schulabgänger-Jahrgänge immer schmaler geworden sind, die Zahl der Ausbildungsplätze aber in etwa stabil blieb, stehen in der alten Bundesrepublik inzwischen wieder genügend Ausbildungsplätze zur Verfügung. Dies gilt zwar nicht überall und auch längst nicht für alle Ausbildungsberufe, doch generell läßt sich die Situation in den alten Bundesländern so skizzieren. Unter solchen Bedingungen kann Berufswahlunterricht Spaß machen – und zwar für Lehrer(innen) wie für Schüler(innen); denn am Ende der Schulzeit gibt es tatsächlich etwas zu wählen – in manchen Regionen sogar für Hauptschüler.

In der ehemaligen DDR finden sich hingegen völlig andere Rahmenbedingungen: Personalabbau, Betriebsschließungen und eine konstant hohe Arbeitslosenrate kennzeichnen dort unverändert die ökonomische Situation. Unter solchen Bedingungen werden in den Betrieben Ausbildungsplätze abgebaut oder erst gar nicht angeboten. Wenn die Bundesregierung nun trotzdem die Erfolgsmeldung verbreitet, alle Schulabsolventen, die dies gewollt hätten, hätten 1992 einen Ausbildungsplatz erhalten, so steckt darin Zynismus und Verschleierung zugleich; denn bei dieser „Erfolgsmeldung“ werden auch die Absolventen als „versorgt“ gewertet, die in den verschiedensten Ersatz- und Beschäftigungsmaßnahmen „geparkt“ werden. Und zugleich wird tunlichst verschwiegen, daß viele Jugendliche am Ende der 10. Klasse erst gar nicht auf die (äußerst schwierige) Suche nach einem Ausbildungsplatz gehen, sondern lieber in der Schule bleiben. Die Vollzeitschulen der Sekundarstufe II – insbesondere die gymnasialen Oberstufen – erleben gegenwärtig in den neuen Bundesländern einen Zulauf, der alles übertrifft, was bisher aus den alten Bundesländern bekannt ist: In den meisten neuen Ländern bleibt mehr als die Hälfte des Altersjahrgangs nach dem Abschluß der 10. Klasse weiter in der Schule – die allermeisten in der gymnasialen Oberstufe. „Höhere Bildung“ wird so zum Überlaufbecken des krisengeschüttelten Ausbildungsmarkts. Dabei wird das Problem lediglich um zwei Jahre – bis zum Abschluß der 12. Klasse – verschoben. Unter solchen Rahmenbedingungen ist ein Unterricht, der auf Berufsorientierung und Berufswahl zielt, wirklich nicht leicht. Bei einer unsicheren Perspektive

des örtlichen Arbeitsmarkts und bei generell schlechten Chancen kann eine Orientierung nur schwer gegeben werden, wird die Wahl leicht zur Fiktion.

Nun geht es in diesem Heft nicht so sehr darum, die soeben skizzierten Rahmenbedingungen des Übergangs in Beruf und Hochschule noch weiter auszudifferenzieren – dazu kann vielmehr auf aktuelle Literatur der empirischen Schulforschung verwiesen werden.⁶⁾ Hier geht es vielmehr vor allem um die pädagogischen Prozesse, die innerhalb dieser Rahmenbedingungen zu beobachten bzw. zu gestalten sind. Dabei stellen wir zunächst die Frage: Was wissen wir eigentlich von unseren Schülerinnen und Schülern, was wissen wir von deren Sichtweisen, von deren subjektiven Verarbeitungsformen der Übergangproblematik?

Anne Creutz, seit vielen Jahren Lehrerin an einer gymnasialen Oberstufe in Bremen, mußte auf diese Frage zunächst „passen“. Sie hat sich dann in mehreren Gesprächen mit ehemaligen und jetzigen Schüler(innen) mit deren – z.T. sehr verschlungenen – Entscheidungsprozessen bekannt gemacht und berichtet nun, welche „geraden Wege“, „Kurven“ und „Zick-Zack-Wege“ aus der Oberstufe hinausführen – und welche Identitätsprobleme bei Jugendlichen damit verbunden sind. Ebenfalls auf Schüler(innen) der Oberstufe bezieht sich Ulrike Popp in ihrem Beitrag über „Berufskarriere – Familiengründung“. Sie hat in biographischen Interviews die gleichen Jugendlichen Jahre für Jahr nach ihren Berufsperspektiven und Lebensplänen befragt und ist dabei vor allem auf geschlechtsspezifische Unterschiede gestoßen: Sowohl „Karriere“ als auch Familienarbeit haben für die jungen Männer und Frauen eine höchst unterschiedliche Bedeutung, mit einer konfliktfreien Beilegung dieser Differenzen ist nicht zu rechnen. Auch Elisabeth Fuhrmann geht auf diese Entscheidungssituation bei Jugendlichen ein, macht in ihrem Beitrag aber zugleich auf die spezifischen Probleme aufmerksam, die der Strukturwandel in den neuen Bundesländern für den Übergang von Schule in Beruf und Studium mit sich brachte. In all diesen Beiträgen wird vor allem die Situation der Jugendlichen in der Oberstufe beleuchtet. Sie ist im Grunde die gleiche wie die am Ende der Klasse 10, nur mit dem einen Unterschied, daß es nun keine Aufschubmöglichkeiten mehr gibt: Die Entscheidung für Beruf oder Studium – und zwar für diesen Beruf oder für jenes Studium – muß getroffen werden. Wenn eine solche Entscheidung auch heute weniger denn je „endgültig“ sein muß, Weichen für die Berufs- und Lebensperspektive werden mit ihr allemal

gestellt. Der sich meist über Monate oder gar Jahre hinziehende Entscheidungsprozeß ist in der Regel geprägt vom Widerstreit der Gefühle und Überlegungen: Langlebige berufliche Träume, Neigungen, Erwartungen an die Zukunft und eigene Vorstellungen von der Sinnerfüllung des Lebens auf der einen Seite, das Abwägen der eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten auf der anderen reiben sich an Ungewißheiten über die beruflichen Chancen nach dem Studium bzw. den Zukunftsperspektiven der in Frage kommenden Berufe. Ist eine Entscheidung endlich getroffen, dann ist damit ja noch keineswegs der gewünschte Ausbildungs- oder Studienplatz gewährleistet. Auch das wissen die Jugendlichen. Und deshalb denken sie meist in Alternativen, fassen Ausweichmöglichkeiten ins Auge. Doch geht es in diesem Heft nicht nur darum, die Situation und die subjektiven Verarbeitungsformen der Schüler(innen) besser kennenzulernen; es geht auch darum, Vorschläge und Hilfestellungen für die Gestaltung des berufsorientierenden Unterrichts zu geben. Lothar Beinke beschreibt, welche Möglichkeiten die Kooperation zwischen Schule und Arbeitsamt bietet: Wie läßt sich ein Besuch im „Berufs-Informationszentrum“ (BIZ) didaktisch vor- und nachbereiten, wie läßt sich in ein solches Konzept eine (individuelle) Berufsberatung für die Jugendlichen integrieren? Peter Friedrich beschäftigt sich mit den organisatorischen und didaktischen Gestaltungsmöglichkeiten des Betriebspraktikums. Er stellt verschiedene Varianten dar und beschreibt deren Vor- und Nachteile. Für die praktische Durchführung von Betriebspraktika gibt er äußerst hilfreiche Materialhinweise. Hermann Zöllner schließlich beschäftigt sich kritisch mit dem „gängigen“ Berufswahlunterricht und stellt die Frage, warum die Schüler(innen) dadurch häufig nicht erreicht werden. Er schlägt einen biographisch orientierten Berufswahlunterricht vor und gibt Hinweise für eine didaktische Umsetzung dieses Konzepts.

Allen Beiträgen gemeinsam ist das Grundverständnis, daß die Schule sich nicht aus der Verantwortung ziehen kann, wenn die Schülerinnen und Schüler vor die wohl schwierigste Entscheidung ihres bisherigen Lebens gestellt werden. Im Gegenteil: Dieser Übergang ist von allen Schulformen der Sekundarschulen als pädagogische Aufgabe zu begreifen. Dieses Heft gibt vielfältige Anregungen, wie Lehrerinnen und Lehrer dieser Aufgabe gerecht werden können.

ANMERKUNGEN

¹⁾ vgl. I. Köpke: Studienwoche – Berufsorientierung für Gymnasiasten. In: HAMBURG MACHT SCHULE. Heft 5/1990, S. 12

²⁾ vgl. Giesecke, H.; Hasse, I.; Kaminski, H.: Lernbereich Gesellschaft, in: Haller, H. D.; Meyer, H. (Hg.): Ziele und Inhalte der Erziehung und des Unterrichts (Bd. 3 der Enzyklopädie Erziehungswissenschaft). Stuttgart 1986, S. 308ff.

³⁾ vgl. Vater, M.: Arbeitslehre/Polytechnik, in: Edelhoff, Chr.; Mittelberg, E. (Hg.): Kritische Stichwörter Gesamtschule. München 1979, S. 18–25

⁴⁾ vgl. z.B. Kressel, T.; Stöck, K.: Die Stökrake Kranbau AG – Berufsorientierung in einer 8. Klasse. In: PÄDAGOGIK, Heft 5/1988, S. 26–29

⁵⁾ vgl. dazu: Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hg.): Berufsbildungsbericht 1992. Bonn 1992

⁶⁾ vgl. Klemm, K.: Bildungsgesamtplan '90. Weinheim/München 1990; Klemm, K.; Böttcher, W.; Weegen, M.: Bildungsplanung in den neuen Bundesländern. Weinheim/München 1990; Rolff, H. G. u. a. (Hg.): Jahrbuch der Schulentwicklung. Band 7, Weinheim/München 1992

Dr. Elisabeth Fuhrmann, Jg. 1935, ist Professorin und Pädagogische Referentin am Pädagogischen Landesinstitut Brandenburg (PLIB).
Adresse:
Liebstädter Gang 4, 0-1162 Berlin



Dr. Klaus Jürgen Tillmann, Jg. 1944, ist Professor für Schulpädagogik an der Universität Bielefeld und Redaktionsmitglied der Zeitschrift PÄDAGOGIK.
Adresse:
Werther Str. 109 b, 4800 Bielefeld

